

Da hilft auch Europa nix

Die Situation der Roma in Finnland

Die Roma genießen heutzutage das gleiche Recht auf Freizügigkeit wie alle EU-Bürger_innen. Trotzdem versuchen Behörden alles, um sie von der Ausübung dieses Rechts abzuhalten oder es ihnen möglichst schwer zu machen. Der Artikel beschreibt einige Beispiele für diese Praxis aus Helsinki (Finnland).

VON HILLA

Als Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 Mitgliedsstaaten der EU wurden, eröffnete sich für die in diesen Ländern diskriminierten Roma die Möglichkeit, in anderen Staaten der EU ein besseres Leben zu suchen. Aber auch in den anderen europäischen Ländern mussten sie sehr bald Diskriminierungserfahrungen machen.

Die Zuschreibung beispielsweise, Roma seien Diebe, Betrügerinnen, Sozialschmarotzer und faule Müßiggängerinnen, ist auch in Finnland weit verbreitet. Im Stadtbild von Helsinki traten die ersten Roma im Sommer 2007 bettelnd in Erscheinung. Zunächst waren es nur einige Familien, deren Zahl bald weiter anstieg. Die städtischen Behörden reagierten als sich in den Sommermonaten der folgenden Jahre jeweils etwa 300 Roma in der Stadt aufhielten. Das Verhalten der Behörden und auch der Hauptstädter_innen vermittelte jedoch den Eindruck als sei eine gigantische »Invasion« im Gange.

Drangsalierungen

Von Anfang an war das Vorgehen der Behörden gegenüber den Roma repressiv. Weil ihre Einreise nach

EU-Recht nicht verhindert werden konnte, musste ihr Aufenthalt möglichst unbequem gestaltet werden. Der damalige Premierminister *Matti Vanhanen* empfahl, Bettlern kein Geld zu geben. Die Polizei führte »verdachtsunabhängige« Kontrollen bei Menschen durch, die »wie Roma aussehen«. Außerdem entwickelte die Polizei ein Maßnahmenkonzept, welches das Verhalten der Roma als so genanntes »aggressiven Betteln« kriminalisieren und deren vorübergehende Inhaftierung rechtfertigen sollte. Oft genügte hierfür schon das Ansprechen von Passant_innen. Im Parlament begann eine Diskussion darüber, ob Betteln illegalisiert und damit Armut kriminalisiert werden dürfe. Zur gleichen Zeit gründete die Stadt Helsinki eine Arbeitsgruppe, um die Situation »der Bettler« zu erörtern. Nach einem Jahr kam sie zu dem Schluss, dass nichts getan werden dürfe, da nach ihrer Ansicht, die Bereitstellung angemessener Unterkünfte für arme Migrant_innen eine Ghetto- und soziale Exklusion zur Folge hätte.

Noch zynischer erschien indes die Diskussion um das Flaschensammeln. Aufgrund des umfassenden finnischen Pfandsystems handelt es sich dabei



um einen relativ einfachen Weg, Geld zu verdienen. Davon lassen sich dann nicht nur Lebensmittel, sondern auch PlayStations, mitunter sogar Eigentumswohnungen finanzieren. Deswegen wurde 2011 eine Steuerpflicht für »gewerbsmäßiges Flaschensammeln« eingeführt. Die Intention war klar: Anlass war nicht, dass sich einige Großmütter von dem Flaschengeld tatsächlich Apartments gekauft hätten, sondern dass das Recyclingsystem den Roma ein regelmäßiges Einkommen ermögliche.

Manche sind gleicher ...

Indem den Roma jede Form legaler Erwerbstätigkeit verwehrt wird – Betteln (fast illegal), Flaschensammeln (steuerpflichtig), Versuch ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen (wovon träumst du nachts?) –, unternehmen die Behörden alles, damit die Roma dem ihnen zugeschriebenen Ruf möglichst entsprechen. Aber selbst bei der strafrechtlichen Verfolgung der Roma gilt das Verfassungsversprechen von der Gleichheit vor dem Gesetz für sie nicht gleichermaßen. So wurden vier Roma unter dem Verdacht, Textilien im Wert von 500 Euro gestohlen zu haben, für fünf Tage in Untersuchungshaft genommen. Mit der Begründung, es fehle ein fester Wohnsitz und darum bestehe Fluchtgefahr, erscheint dies doppelt unfair. Obwohl eine Person schwer erkrankt war, blieb ihr der Zugang zu ärztlicher Behandlung verwehrt. Auch war im Prozess keine ordnungsgemäße Übersetzung sichergestellt. In einem Schnellverfahren wurden die Angeklagten schließlich verurteilt und ausgewiesen sowie mit einem zweijährigen Einreiseverbot belegt. Obwohl später die Rechtswidrigkeit des Einreiseverbots festgestellt wurde, besteht nun keine Möglichkeit mehr, die Ausgewiesenen hierüber zu informieren. Passiert dies allen Menschen, die im Ausland Kleidungsstücke im Wert von 500 Euro klauen?

Hindernisse ohne Effekt

Andererseits gab es auch stets engagierte Bürger_innen, die den Roma helfen wollten. Einzelpersonen, emanzipatorische Gruppen, politische Jugendorganisationen und die Kirche versuchten auf vielerlei Wegen, den Status der Roma zu verbessern. Die größte Aufmerksamkeit erregte das *freedom of movement network* und Hausbesetzer_innen, die den Romafamilien zunächst in dem besetzten Haus *Rajasaari* Obdach gewährten und später eine Wohnwagensiedlung im Hof des *Sozial Center Satama* errichteten.

Die Reaktion der Behörden war einigermaßen merkwürdig: Anstatt die Initiativen zur Verbesserung der sozialen Situation der Roma zu unterstützen, die ihr Herkunftsland wegen des dort herrschenden institutionellen und individuellen Rassismus sowie der von Gewalt, Armut, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit geprägten Lebenssituation verließen, setzten die Behörden alles daran, die privaten Hilfestellungen zu behindern. So taten sie ihr Bestes, in konzertierter Aktion den Wagenplatz zu schließen: Das Umweltamt beanstandete die »Unordnung« auf dem Wagenplatz, das Sozialamt drohte den Roma-Eltern mit der Wegnahme ihrer Kinder, wenn sie Finnland nicht verlassen, die Feuerwehr versuchte den ganzen Platz mit der Begründung zu schließen, die Roma könnten nicht mit Elektrizität umgehen, weil es zu einem Wagenbrand gekommen war. Einmal bot die Stadt den Roma sogar eine »Rückkehrprämie« in Höhe von 425,- Euro pro Auto an. Manche Familien nahmen das Geld und kehrten nach ein paar Monaten zurück. Schließlich versuchten die Behörden, die Hausbesetzer_innen gegen die Roma aufzuhetzen. Als das nicht half, räumte die Polizei das gesamte Gelände – die Hausbesetzer_innen gleich mit. Vielleicht dachte sie, das würde irgendetwas lösen. Tat es aber nicht.

Die Roma verschwanden nicht. Die Behörden wissen nur einfach nicht mehr, wo sie schlafen. Zwar versuchte die Polizei, Parkplätze und Wälder, die als Raststätten genutzt wurden, zu räumen. Nach einigen Wochen erkannte sie jedoch die Sinnlosigkeit ihres Unterfangens. Nur weil der Winter im Norden so verdammt kalt ist, gibt es dann weniger Roma in Helsinki. Aber sobald die Sommerbrise über den Atlantik weht, kehren die Menschen zurück.

Fazit

Die aufenthaltsrechtliche Situation der Roma ist prekär. Als EU-Bürger_innen sind sie keine *Sans papiers* (Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung), sie können daher kein Asyl beantragen. Es gibt weder Haushaltsmittel zu ihrer Unterstützung noch Verständnis für ihre Situation. Sie sind Staatsbürger_innen verschiedener EU-Mitgliedsstaaten, die aber nicht über die gleichen Rechte wie andere Bürger_innen verfügen. Daher ist es notwendig, selbstbestimmte Lebensbedingungen für Roma in allen EU-Mitgliedsstaaten zu schaffen. ★